

Handeln gegen Antiziganismus!

Staatsvertrag, Handlungsstrategien und Forschung



Hungerstreik im ehem. KZ Dachau an Ostern 1980. ©Zentralrat Deutscher Sinti und Roma

Was geschieht gegen Antiziganismus? Der Diskriminierung von Sinti und Roma wird in Baden-Württemberg entgegengewirkt: Als erstes Bundesland unterzeichnete es einen **Staatsvertrag**. Auch die **Forschung** im Bundesland richtet ihren Fokus nun verstärkt auf Sinti und Roma und den Antiziganismus. Verschiedene **Handlungsstrategien** helfen, Antiziganismus vorzubeugen und mit ihm umzugehen.

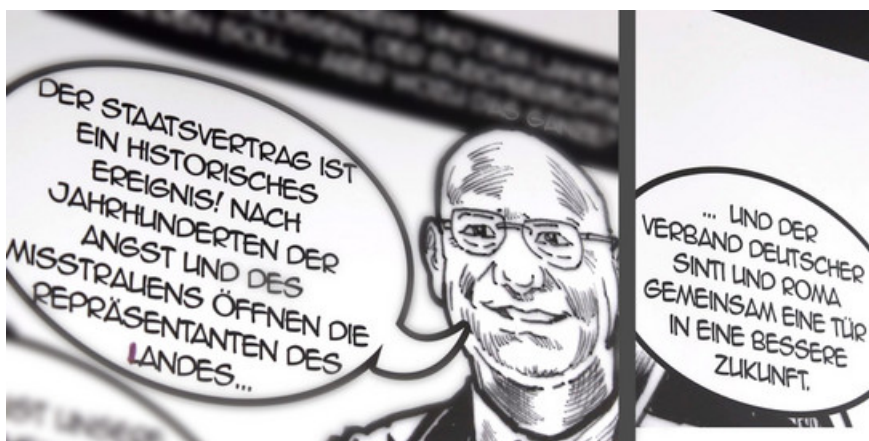
Der Staatsvertrag

Handlungsstrategien

Forschung

Der Staatsvertrag

des Landes Baden-Württemberg mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg e.V.



Comic zum Staatsvertrag. Herausgeber: Verband Deutscher Sinti und Roma Landesverband Baden-Württemberg. Zeichner: Boris Weinreich. Collage: LpB.

Im November 2013 schloss Baden-Württemberg als erstes Bundesland einen Staatsvertrag mit dem Landesverband Deutscher Sinti und Roma. Er stellt die **Anerkennung und Förderung der Minderheit** auf eine rechtsverbindliche Grundlage. Gemeinsames Ziel ist es, der **Diskriminierung entgegenzuwirken** und den gesellschaftlichen **Antiziganismus zu bekämpfen**.

Hier können Sie den gesamten Staatsvertrag nachlesen: *Drucksache Landtag 15/4528*.

Wie fördert Baden-Württemberg Sinti und Roma? Unser Video erklärt es!



Deutsche Dänen, Friesen, Sorben und Wenden sowie die deutschen Sinti und Roma: **Vier anerkannte nationale Minderheiten leben in Deutschland**. Sie eint, dass sie eine eigene Sprache und Kultur besitzen und hierzulande seit Jahrhunderten heimisch sind. Der Status als anerkannte Minderheit verpflichtet zu einem **besonderen Schutz**, der sich unter anderem aus dem Rahmenübereinkommen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten und der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen ergibt.

Für diesen Schutz sind nach dem föderalen System in Deutschland vor allem die Länder zuständig. Dieser Verpflichtung ist Baden-Württemberg am 28. November 2013 nachgekommen, indem das Land – als erstes Bundesland in Deutschland – einen Staatsvertrag mit dem Landesverband Deutscher Sinti und Roma abgeschlossen hat.

Darin bekennt sich das Land ausdrücklich zur besonderen Verantwortung, die aus der Geschichte der NS-Verfolgung und des Völkermords erwächst.

In der Präambel heißt es unter anderem:

„Dieses Unrecht ist erst beschämend spät politisch anerkannt und noch nicht ausreichend aufgearbeitet worden. Auch der Antiziganismus ist noch immer existent und nicht überwunden.“

Inhalte des Staatsvertrags

Konkret sollen die Geschichte und Gegenwart der Sinti und Roma Eingang in den Schulunterricht finden – und zwar so, „dass auch möglichen Vorurteilen entgegengetreten wird“. Auch eine Forschungsstelle zur Geschichte und Kultur sowie zum Antiziganismus soll eingerichtet werden. Letzteres ist bereits verwirklicht.

Der Landesverband Deutscher Sinti und Roma wird laut Staatsvertrag mit jährlich 500.000 Euro gefördert, wobei sich der Verband verpflichtet, einen Teil der Summe dazu zu verwenden, „bleibeberechtigte nichtdeutsche Sinti und Roma bei ihrer Integration in die Gesellschaft zu unterstützen.“ Zudem ist ein Rat für die Angelegenheiten der deutschen Sinti und Roma im Land eingerichtet worden, der aus je sechs Vertretern des Landes sowie des Verbandes Deutscher Sinti und Roma besteht. Der Rat hat bereits mit Beratungen über einen neuen Staatsvertrag begonnen, da der aktuelle bis Ende 2018 ausläuft.

Gegen
Antiziganismus!

Der Staatsvertrag

„Die grausame Verfolgung und der **Völkermord** durch das national-sozialistische Regime brachten unermessliches **Leid über Sinti und Roma** in unserem Land und zeitigen **Folgen bis heute**.

Dieses Unrecht ist erst beschämend spät politisch anerkannt und noch nicht ausreichend aufgearbeitet worden.“

*Staatsvertrag, Präambel
(Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 15 / 4528)*

lpb
BW

Grafik: LpB BW/ Rebecca Beiter

Gegen
Antiziganismus!

Der Staatsvertrag

„Die deutschen **Sinti und Roma** haben ein **Recht auf Anerkennung**,
Bewahrung und Förderung ihrer
Kultur und Sprache sowie des
Gedenkens.“

*Staatsvertrag, Artikel 1
(Landtag von Baden-Württemberg,
Drucksache 15 / 4528)*

lpb
BW

Grafik: LpB BW/ Rebecca Beiter

+ Literatur

Handlungsstrategien

Individualität aufzeigen

Die Unwissenheit über die Geschichte der Sinti und Roma ist groß – so erlebt es der Historiker Andreas Pflock bei Besuchern des Heidelberger Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma, wo er als wissenschaftlicher Mitarbeiter arbeitet. Was aber sind zeitgemäße Formen, um Schülern die nationalsozialistischen Verbrechen zu vermitteln?



Familienfoto von Sinti und Roma. Foto: Privatbesitz von Ilona Lagrene.

sich „antiziganistische Identitätsbildung“, sagt Merfin Demir, der in der Roma-Jugendverbandsarbeit aktiv ist. So wurden vielen Sinti und Roma schon als Kinder unterstellt, sie „gehörten auf die Sonderschule“. Eine antiziganistische Fremdzuschreibung werde dadurch allzu oft zur Selbstzuschreibung. Um dies zu verhindern, setzt Demir in der Roma-Jugendarbeit Strategien des „Empowerment“ ein – also Maßnahmen, die zu einem höheren Grad an Selbstbestimmung führen und das Gefühl der eigenen Machtlosigkeit überwinden helfen.

Eine Strategie seien Übungen, um gezielt den Fokus zu verlagern. Merfin Demir bittet Teilnehmende, sich alle blauen Gegenstände im Raum zu merken, dann die Augen zu schließen – um anschließend zu fragen, welche weißen Gegenstände sich im Raum befinden. An weiße Gegenstände kann sich jedoch kaum jemand erinnern. Diese Übung zeige, so Demir: Wie man die Umgebung – oder sich selbst oder andere Personen – wahrnehme, hänge stark von vorgeprägten oder vorgegebenen Mustern ab. Durch gezielte Fokusverlagerung könne man sich davon aber wieder lösen. „Wie ich Identität definiere, ist letztlich eine individuelle Entscheidung“, so Merfin Demir.

Weitere Infos: *Strategien des Empowerments. Zusammengefasste Thesen von Merfin Demir*

+ Spurensuche in Stuttgart

Die Strategie des „Empowerment“

Wenn man einem Menschen nichts zutraut, traut dieser sich irgendwann auch selbst nichts mehr zu: Nach diesem Prinzip vollziehe



Enthüllung einer Gedenktafel. Foto: Privatbesitz von Ilona Lagrene.



Gedenkmarsch für Sinti und Roma. Foto: Privatbesitz von Ilona Lagrene.

Die Öffentlichkeit nutzen

Jovica Arvanitelli leitet die Beratungsstelle für nichtdeutsche Roma in Mannheim. Er verweist darauf, dass in anderen Ländern mit einer weitaus restriktiveren Asylpraxis wie der Schweiz Asylanträge aus Westbalkanländern deutlich häufiger anerkannt würden als in Deutschland – für ihn ein Hinweis darauf, dass Roma aus diesen Ländern hierzulande zu oft um ihre Rechte gebracht werden. So lange in der Mehrheitsgesellschaft eine negative Meinung über Roma vorherrsche, sei keine gute Minderheitenpolitik möglich, sagt Arvanitelli. Er will von der Bürgerrechtsarbeit der deutschen Sinti lernen, um nichtdeutschen Roma zu ihren Rechten zu verhelfen: auf Missstände aufmerksam machen, an die Öffentlichkeit gehen.

„Sicheren Herkunftsländer“ überprüfen

„Sicherer Herkunftsstaat“ ist ein Begriff aus dem deutschen Asylrecht: Es wird angenommen, dass in diesen Staaten keine politische Verfolgung stattfindet. Asylanträge von Menschen aus diesen Staaten werden in der Regel abgelehnt. In den Jahren 2014 und 2015 wurden die Staaten Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Serbien, Montenegro und Albanien sowie das Kosovo als sichere Herkunftsstaaten eingestuft – Länder also, aus denen auch viele Antragsteller mit Roma-Hintergrund nach Deutschland gekommen sind.

Der Ludwigsburger Rechtsanwalt Juan-Ramón Munuera bezweifelt jedoch, dass die sicheren Herkunftsländer auch für Roma sicher seien. Die Menschenrechte von Roma würden in den Westbalkanländern häufig nicht gewahrt. „Die Diskriminierung ist für viele aber so alltäglich, dass sie diese bei den Asylbehörden nicht vermitteln können.“ Das Bundesministerium für Migration und Flüchtlinge belehre die Antragsteller nur in schriftlicher Form über ihre Rechte. Dies werde von vielen Roma aber nicht verstanden.

+ Weitere Informationen: Aufklärungs- und Bildungsarbeit gegen Antiziganismus

Forschung

Auswahl aktueller Forschungsergebnisse:

- *Gutachten zum Forschungsstand zum Thema "Protestantismus und Antiziganismus". Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, 2017*
- *Zwischen Gleichgültigkeit und Ablehnung. Bevölkerungseinstellung gegenüber Sinti und Roma. Herausgegeben von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, 2014*
- *Antiziganismus in der deutschen Öffentlichkeit. Strategien und Mechanismen medialer Kommunikation. Markus End, 2014*
- *Studie zur aktuellen Bildungssituation deutscher Sinti und Roma. Daniel Strauß, 2011*
- *Bildungsforschung mit Sinti und Roma. Christian Brüggemann, 2011*

Forschungsstelle Antiziganismus der Universität Heidelberg

Im Juli 2017 hat die „Forschungsstelle Antiziganismus“, angesiedelt am Historischen Seminar der Universität Heidelberg, wie im *Staatsvertrag* vorgesehen, ihre Arbeit aufgenommen. Im Austausch mit anderen Disziplinen widmet sie sich der Grundlagenforschung zu Antiziganismus in Europa vom ausgehenden Mittelalter bis heute, baut eine Fachbibliothek auf, sammelt neue Quellen und bietet Lehrveranstaltungen, auch für angehende Lehrkräfte im Fach Geschichte.

Zur Webseite der Forschungsstelle



Daniela Gress. Quelle: privat.

"Antiziganismusforschung kann nur gewährleistet werden, wenn an Universitäten dauerhafte und disziplinübergreifende Forschungsstrukturen geschaffen werden. Dass die Forschungsstelle Antiziganismus an der Universität Heidelberg gefördert wird, ist ein weiteres Ergebnis der Bemühungen der Bürgerrechtsorganisationen von Sinti und Roma um den Abbau von Vorurteilen und Diskriminierung."

Daniela Gress
Forschungsstelle Antiziganismus

Lesen Sie weiter!

Übersicht über das Antiziganismus-Dossier

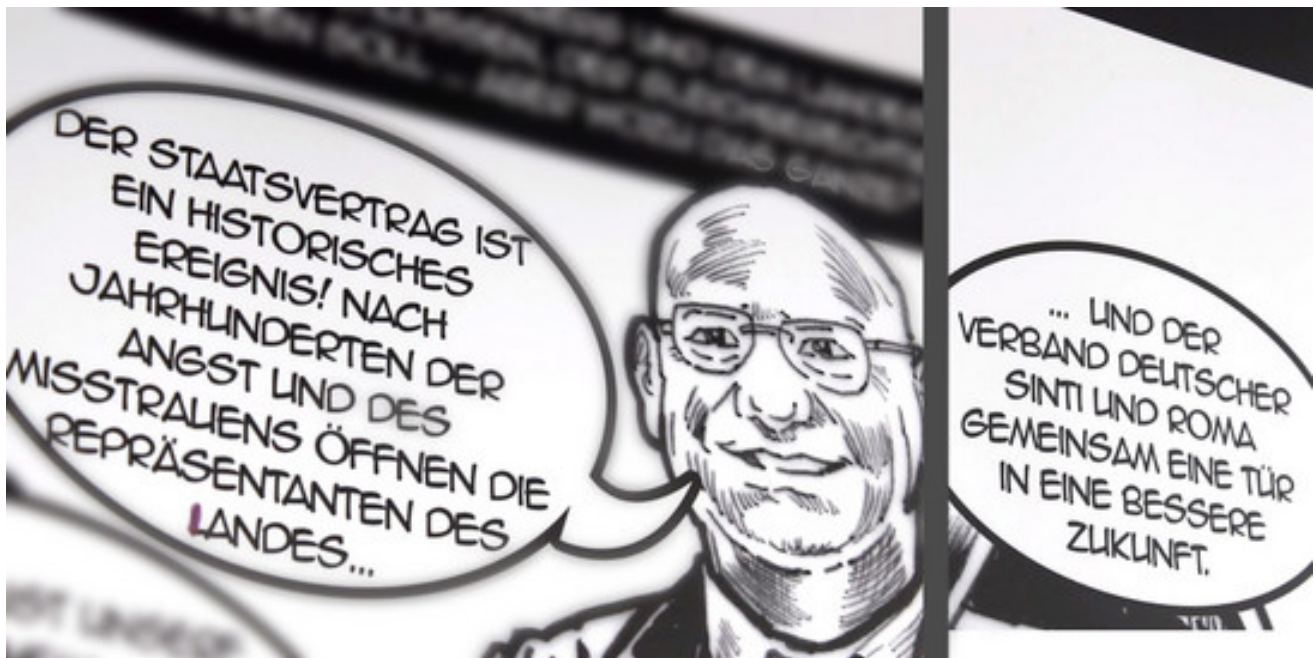
Was ist Antiziganismus?

Handeln gegen Antiziganismus!

Geschichte Sinti u. Roma

Medien, Quellen und Links

Der Staatsvertrag



Zeichner: Boris Weinreich. Collage: LpB.

Der Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Landesverband Deutscher Sinti und Roma BW soll Diskriminierung entgegenwirken und den gesellschaftlichen Antiziganismus bekämpfen.

Zum Staatsvertrag: *Drucksache Landtag 15/4528.*

Videos: Thema Antiziganismus



LpB-BW Videos zum Thema "Sinti und Roma"

Alle Videos der LpB BW zum Thema Antiziganismus finden Sie hier: [zur Playlist.](#)

Gedenkstätten

Gedenkstätten BW -
Liste
Gedenkstätten BW -
Karte
Gedenkstätten BW -
Berichte
Digitalisierung u.

LAGG

Aufgaben
Geschäftsordnung
Sprecherrat
Arbeitskreise
Gedenkstättenverbände
Intern

Fachbereich Gedenkstättenarbeit

Aufgaben
Aktuelle
Veranstaltungen
Rückblick
Veranstaltungen
Angebote:

Schwerpunkte

Übersicht
Grafeneck
KZ-Komplex
Natzweiler
Gurs
Sinti und Roma

Förderung

Übersicht
Grundsätze der
Förderung
Erläuterung:
Antragsstellung
Abrechnung
Geförderte

Materialien

Publikationen

Archivierung
Gedenkstätten in
Deutschland
Gedenkstätten im
Ausland
Links

Veranstaltungen
Angebote: Vorträge
Angebote:
Ausstellungen
Jugend- u.
Vermittlungsarbeit
Dokumente
Kontakt
Praktikum

Georg Elser
Gedenktage

Publikationen
Gedenkstättenfahrten
EU-Förderung

Folgen Sie uns auf

